

Für die 30-Stunden-Woche!

Ver.di muss den Kampf für die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich aufnehmen!

Laut Studie des WSI von 2017 haben in 77 Prozent der Betriebe Termindruck und hohe Arbeitsintensität nach Angabe der Betriebsräte in der jüngeren Vergangenheit zu mehr gesundheitlichen Beschwerden bei Beschäftigten geführt. In jedem zweiten sei die Zahl der Überstunden gestiegen, in rund drei Vierteln der Betriebe ist Stress Thema auf Betriebsversammlungen oder Gegenstand von Verhandlungen zwischen Arbeitnehmervertretung und Geschäftsführung. Seit einigen Jahren ist klar: Das Thema Arbeitsbelastung brennt den meisten Kolleg*innen unter den Nägeln.

Auch im öffentlichen Dienst wurden über Jahrzehnte hunderttausende von Stellen abgebaut. Die Lebensrealität der Kolleg*innen sieht so aus: Die Arbeitsprozesse werden immer aufgebläht, Arbeitsvolumen und -verdichtung nehmen zu. Auf der einen Seite entsteht so eine Überlastung der Beschäftigten, während die Wartezeiten zur Bearbeitung von Anliegen schmerzhaft in die Länge gezogen werden. Nicht zuletzt hat die zunehmende Arbeitsverdichtung zu einer enormen Steigerung körperlicher und mentaler berufsbedingter Krankheiten geführt. Welche Krankenschwester kann bis zur Rente Patient*innen versorgen, ohne selbst zum Pflegefall zu werden? Wie viele Kolleg*innen in Callcentern können nachts noch angesichts des täglichen Leistungsdrucks ruhig schlafen? Arbeitszeitverkürzung und mehr Personal sind hier dringend geboten.

Mehr als nur eine Tarifforderung

In Bereichen, in denen Arbeitsplätze abgebaut werden, ist die Forderung nach radikaler Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein zentrales Mittel, um Kolleg*innen zu mobilisieren. Sie werden aber nur bereit sein zu kämpfen, wenn

ihnen dabei nicht eine Lohnkürzung oder weitere Arbeitsverdichtung droht. Deshalb muss klar formuliert werden: Weil durch kürzere Arbeitszeit das Leben nicht günstiger wird, brauchen wir den vollen Lohnausgleich. Weil wir in 30 Stunden nicht die gleiche Arbeit wie in 40 Stunden verrichten können, brauchen wir den vollen Personalausgleich.

Produktivitätssteigerungen, häufig gepaart mit Verdichtung durch Personalreduzierung, die nicht nur im privaten, sondern auch im öffentlichen Sektor stattfinden, rechtfertigen eine Umverteilung von Arbeit und Einkommen. Dieses Wirtschaftssystem schädigt zunehmend das Klima, begünstigt Armutstendenzen und treibt die soziale Spaltung national wie international voran. Eine Umkehr wird von immer mehr Menschen zu Recht eingefordert. Eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist auch in diesem Sinne ein richtiger Schritt in die richtige Richtung!

Eine Lösung für alle

Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden nicht nur auf tariflicher, sondern auch gesetzlicher Ebene, würde die Bedingungen für alle Beschäftigten verbessern. Als Gegenargument wird auch innerhalb von ver.di darauf verwiesen, dass dieses Modell zu starr wäre. Doch das Argument der „Arbeitszeitsouveränität“ ist eher eine Ablenkung von der Realität. Souveränität bedeutet, selbst über seine Zeit zu verfügen. Doch unter den Bedingungen einer kapitalistischen Wirtschaft entscheiden nicht die Beschäftigten, sondern die Chefs. Flexibilisierung und mobiles Arbeiten haben nicht etwa zu mehr Selbstbestimmung, sondern zu mehr Entgrenzung von Lohnarbeit und Freizeit geführt und damit weniger Souveränität geführt. Einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung wird oft entgegen, dass „die Leute“ flexibel und länger arbeiten wollten. Wenn flexibles Arbeiten bedeutet, noch abends Mails von zuhause zu bearbeiten, wenn die Kinder aus dem Kindergarten geholt sind, kommt das eher einem Albtraum nahe, als einer lebenswerten Zukunft. Und egal ob Familie oder Single - alle haben ein Recht auf Erholung und Freizeit! Der zunehmende Druck auf die Beschäftigten, ständig erreichbar und einsetzbar zu sein, muss endlich aufhören.

Arbeitszeit gegen Lohn? Ohne uns!

Im Leitantrag des Gewerkschaftsrats steht das Ziel einer „kurzen Vollzeit mit Lohn- und Personalausgleich.“ Während die generelle Absicht zu befürworten ist, hat die Sache einige Haken. 1. Es braucht ein konkretes Ziel, um mobilisieren zu können und die Maßnahmen müssen diesem angemessen sein. Eine Arbeitszeitverkürzung in geringem Maße lässt sich unter Zugeständnissen beim



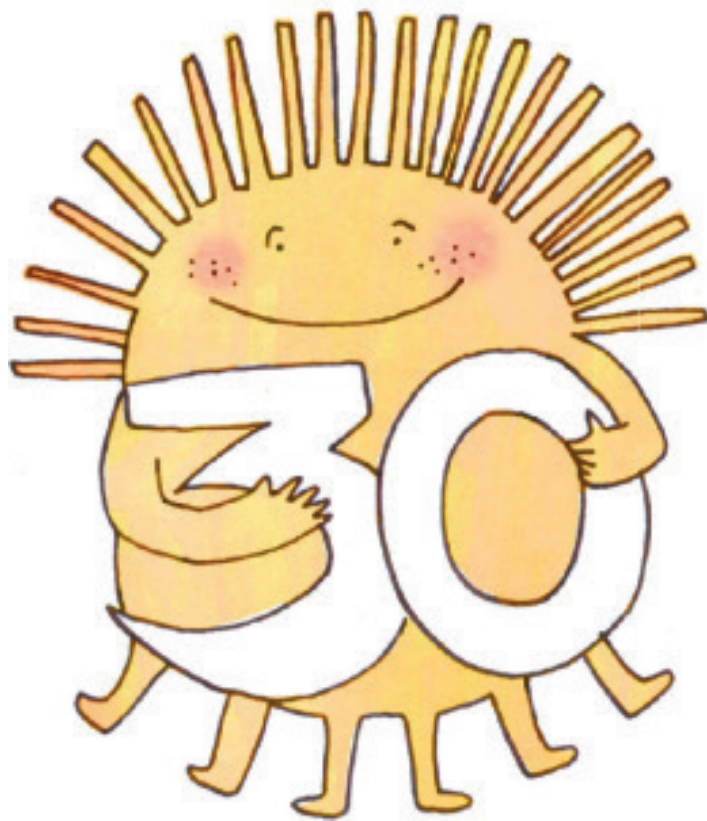
Lohn am Verhandlungstisch durchsetzen. Eine umfassende Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche ohne Lohnverlust benötigt dagegen eine umfassende Mobilisierung der Gewerkschaftsbewegung bis hin zum politischen Streik. 2. Anspruch und Wirklichkeit stimmen nicht überein. Statt Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich wird in Tarifrunden über Lohnverzicht bei Arbeitszeitverkürzung verhandelt. Diese alle betreffende Frage wird individualisiert und einzelne Kolleg*innen sollen selbst entscheiden, ob sie auf Lohn verzichten, um geringe Absenkungen bei der Arbeitszeit umzusetzen.

In einer von ver.di groß angelegten Befragung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gab es die Auswahlmöglichkeit der Arbeitszeitverkürzung bei Lohn- und Personalausgleich erst gar nicht. Damit wurde das Ergebnis schon vorweggenommen! Den Kolleg*innen wird suggeriert, als käme die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich gar nicht in Frage, weil es so viel nicht zu verteilen gäbe. In Wirklichkeit ist es eine Frage der Kräfteverhältnisse, wie viel durch gewerkschaftliche Kämpfe erreicht werden kann. Anstatt in der Tarifrunde 2020 über Lohnverzicht bei Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln, sollte diese genutzt werden, um endlich einen realen Schritt zu gehen und mit der Forderung nach 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich in die Offensive zu kommen. Wir fordern daher weiterhin eine Arbeitszeitumfrage, die alle Optionen abdeckt, verbunden mit einer umfassenden Diskussion auf allen Ebenen der Gewerkschaft.

Bundeskongress muss die Weichen stellen

Der Bundeskongress findet zu einer Zeit statt, an der sich gesellschaftliche Umbrüche abzeichnen. Um die Interessen der Beschäftigten konsequent zu vertreten, braucht es eine Gewerkschaftspolitik, die bereit ist, sich mit den Unternehmen anzulegen und den von Beginn an gescheiterten sozialpartnerschaftlichen Kurs aufgibt. Gegen Rechtsruck, Klimawandel und Massenentlassungen hilft uns keine Gewerkschaft, die im Parlament Lobbypolitik betreibt, sondern die auf der Straße und im Betrieb mit den Kolleg*innen kämpft. Der Leitantrag des Gewerkschaftsrats ist dafür keine Weichenstellung, sondern steht für ein grundlegendes Weitermachen mit gescheiterten Rezepten, trotz punktueller Verbesserungsvorschläge. Es gibt eine Vielzahl von Anträgen, die eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden fordern – von Bezirks- bis zu bundesweiten Konferenzen. Die Bundesjugendkonferenz und der Landesbezirk Hessen geben gar die Losung der 20-Stunden-Woche aus. Für uns haben sich diese Anträge weder durch den Leitantrag des Gewerkschaftsrats erledigt, noch geben wir uns mit einer Annahme als „Arbeitsmaterial“ zufrieden, was nur bedeutet, dass die Sachen bis zum nächsten Kongress in der Schublade verschwinden.

Wir dürfen keine Illusionen darüber haben, dass dies ein harter Kampf wird. Aber er ist notwendig und er kann



nur gewonnen werden, wenn wir mutig vorgehen und jetzt beginnen, mit den Kolleg*innen vor Ort darüber zu diskutieren. Wenn wir diesen Kampf nicht führen, wird er gegen uns geführt. Aber wenn wir als Gewerkschaft in die Offensive gehen, bedeutet das auch enorme Chancen! Gerade weil das Thema so vielen Kolleg*innen in fast allen Branchen auf den Nägeln brennt, gerade weil es so gut zu verbinden ist mit der Forderung nach mehr Investitionen und Personal in den Bereichen der Daseinsvorsorge, gerade weil es eine große Unterstützung für eine mutige Forderung gäbe, könnte das ein Weg sein, um Begeisterung zu schaffen, Kolleg*innen für die Gewerkschaft zu gewinnen, Betriebsgruppen zu bilden, Aktivenstrukturen aufzubauen. Wir wollen dass unsere Gewerkschaft dabei an seiner Spitze steht.

Arbeitskreis Arbeitszeitverkürzung Hamburg Netzwerk für eine demokratische und kämpferische ver.di

Wenn ihr mit uns über diese und anderen Fragen diskutieren wollt, kommt zu unserem Vortreffen am **Sonntag, 22. September 2019 um 21 Uhr** am Eingang in der Glashalle. Ein weiteres Treffen für Delegierte wird noch zu Beginn des Kongresses angekündigt.

Die „VKG - Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften“ organisiert am 25. und 26. Januar 2020 in Frankfurt a.M. eine „Strategiekonferenz für kämpferische Gewerkschaften“, bei der kritische Kolleg*innen über die Arbeitszeit und viele andere Themen diskutieren werden. Mehr Informationen und die Anmeldung findet Ihr unter: www.vernetzung.org.